

Mit digitalen Innovationen durch die Krise:

Jetzt Corona Technologie Task Force und Innovationsteams an den Ministerien starten

Mit neuen Technologien und innovativen Methoden effektiv Krisen bekämpfen, zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen und die Basis für zukünftige Resilienz schaffen

Dr. Anna Christmann, MdB, Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Janecek, MdB, Sprecher für Industriepolitik und digitale Wirtschaft der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Kai Gehring, MdB, Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Technologien bieten umfassende Möglichkeiten zur Bekämpfung der aktuellen Krise und zur Bewältigung ihrer Folgen. Es kommt jetzt darauf an, sie schnell und effektiv zu nutzen. Dafür schlagen wir mit einer **Corona Technologie Task Force** und **Innovationsteams an den Ministerien** zwei Sofortmaßnahmen vor, die zur Bekämpfung der aktuellen Pandemie beitragen und uns besser für zukünftige Krisen wappnen. Da sich eine Krise oft dadurch auszeichnet, dass wir sie nicht in allen Details voraussehen können, ist unsere Innovationsfähigkeit entscheidend für unsere Widerstandsfähigkeit. Dafür brauchen wir agile Strukturen, die innovative Ideen bündeln, auf ihre Machbarkeit und Effektivität prüfen und in die Umsetzung bringen.

I. Für die unmittelbare Bekämpfung von Covid-19 brauchen wir eine nationale und europäisch vernetzte **Corona Technologie Task Force (CTTF)**:

Verschiedene Blickwinkel vereinen und schnell gemeinsam Lösungen entwickeln. Die Bundesregierung sollte, angesiedelt am Bundeskanzleramt, eine interdisziplinäre Gruppe zusammenstellen, die sich ausschließlich auf die Entwicklung und das Bereitstellen von unmittelbaren und mittelfristigen technologischen und digitalen Lösungen fokussiert.

CTTF interdisziplinär zusammensetzen. Diese könnte sich zusammensetzen aus dem RKI, dem Digitalrat, der Agentur für Sprunginnovationen, dem Health Innovation Hub, dem Bundesdatenschutzbeauftragten, BSI, Vertreter*innen der Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, sowie Virolog*innen, Public Health Expert*innen und Data Scientists. Indem die unterschiedlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten von Politik, Recht, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft direkt zusammengebracht werden, können Entwicklungen abgekürzt, notwendige rechtliche Fragen früh geklärt und Lösungen direkt auf die Probleme zugeschnitten werden. Denn es geht jetzt um jeden einzelnen Tag, an dem wir mehr über das Virus lernen und Gegenmaßnahmen evidenzbasiert identifizieren und umsetzen.

Bestehende Initiativen öffentlich auf einer Plattform zugänglich machen. Viele Menschen bringen derzeit Ideen ein, wie die Pandemie mit Technologie bekämpft werden kann. Digitale Lösungen, die derzeit für konkrete Notsituationen entwickelt werden und sofort genutzt werden können, müssen auffindbar sein. Ihre sinnvolle Bündelung mit weiterführenden Links und Informationen zu spezifischer Software, Anbieter*innen und Kontaktpersonen in einer von der Bundesregierung finanziell und technisch unterstützten Plattform kann Risikogruppen, verunsicherten Menschen und den aktuell in jeder Hinsicht vielfach geforderten KMU die notwendige Übersicht bieten und einfach mit hilfreichen Ansprechpartner*innen und Anwendungen zusammenbringen.

Innovative Anwendungen unterstützen und schnell umsetzen. Die Vielzahl digitaler Lösungen, die bereits von engagierten Software-Entwickler*innen, Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und vielen anderen – auch mit enormen persönlichen Zeit- und Ressourcenaufwand – für schnelle Hilfe in der Krise entwickelt wurden, brauchen eine Anlaufstelle. Ihr solidarischer Beitrag soll zügig dort ankommen, wo er aktiv zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen beiträgt. Der Hackathon „Wir vs. Virus“ hat gezeigt, wie viel innovatives Potential in der Bevölkerung bereitsteht. Es reicht aber nicht, Wissensstände nur abzufragen. Für die Umsetzung müssen neue Projekte auch Unterstützung und Finanzierung bekommen. Die CTTF soll innovative Ideen schnell in politisches Handeln übertragen, indem er mit einem eigenen Fonds ausgestattet wird und in engem Austausch mit Stiftungen Mittel für konkrete Projekte generiert.

CTTF – für die unmittelbare Bekämpfung von Covid-19 und darüber hinaus. Die CTTF soll kurz- bis mittelfristig technologische und digitale Lösungen zur Bekämpfung von Covid-19 bereitstellen und fördern. Bei positiver Erfahrung könnte sie in eine generelle Technologie Task Force überführt werden, die als Scharnier zwischen Politik und Innovator*innen dauerhaft unsere Innovationsfähigkeit und damit Resilienz erhöht.

Die CTTF kann identifizieren, welche Daten wir für die evidenzbasierte Pandemiebekämpfung brauchen. Einzelne Akteure und Institutionen haben bestimmte Informationsbedarfe. Auf Entwicklungsseite gibt es verschiedene Ideen und Angebote, wie man Daten erheben und nutzen könnte. Es fehlt aber ein Überblick, der die Bedarfe und Angebote bündelt und kommuniziert. Auch die Diskussion um Bewegungsdaten macht deutlich, dass hier interdisziplinär zusammengearbeitet werden muss und Schnellschüsse für eine Pauschalerhebung bestimmter Daten nicht zielführend sind. Indem Virologie, Epidemiologie, Data Science und Datenschutz direkt zusammengebracht werden, kann gemeinsam identifiziert werden, welche Daten sinnvoller Weise zur Bekämpfung der Pandemie erhoben werden sollten und wie sich das technisch und datenschutzkonform umsetzen lässt.

Handy-Apps für ein selbstbestimmtes Teilen von Daten und eine gute Informationslage. Handy Apps werden derzeit in vielen Ländern unterschiedlich eingesetzt. Man kann sie zur Kontaktverfolgung, Symptomerfassung, Beobachtung von Verhaltensweisen der Bevölkerung, Quarantänedurchsetzung und Informierung der Bevölkerung nutzen. Die Lage vor Ort, bestehendes Recht und die Akzeptanz in der Bevölkerung sind wichtige Faktoren für die Entscheidung darüber, welche Anwendung in die Fläche gebracht werden sollte. Die Corona Technologie Task Force wäre der geeignete Ort, bereits existierende Apps hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Rechtssicherheit zu prüfen, notwendige externe Zertifizierung zu klären und die Relevanten zur Nutzung zu empfehlen.

So kann das notwendige Vertrauen aufgebaut werden. Auch können von der CTF Lücken identifiziert werden, die mit einer App geschlossen werden könnten.

Aktuell fehlt es noch an einer Umsetzung der Empfehlungen der Pan European Privacy Protecting Proximity Tracing (Pepp-PT) für eine App zur Kontaktnachverfolgung. Apps zur Symptomerfassung und zur Erhebung von Gesundheitsdaten über Fitnessarmbänder gibt es bereits. Eine Gesamtübersicht bei einer CTF wäre für die Bevölkerung hilfreich, um sich für oder gegen die Nutzung der Apps zu entscheiden.

In Europa voneinander lernen: CTF soll europäische Use Cases identifizieren. Gerade wenn europäische Grenzen geschlossen sind, müssen wir in Europa umso enger zusammenarbeiten. Das Pan European Privacy Protecting Proximity Tracing (Pepp-PT) Konsortium zeigt, wie in einer Europäischen Kollaboration schnell sichere, offene Protokolle und Systeme für Apps zur Nachverfolgung der Kontakte geschaffen werden können. So zeigen wir, dass wir auf der Grundlage europäischer Werte in der Lage sind, Digitalisierung zur Eindämmung der Pandemie zu nutzen. Der Hackathon war von Estland inspiriert, Apps zur Nachverfolgung der Kontakte gibt es nicht nur in China und Südkorea, sondern auch in Österreich und Großbritannien. Und auch das anderswo weit verbreitete kontaktlose Bezahlen in Supermärkten könnte sich als gute Lösung gegen Ansteckung beim Einkauf erweisen.

II. Für die kurzfristige Umsetzung digitaler Lösungen in allen Lebensbereichen brauchen wir Innovationsteams an den zuständigen Bundesministerien.

Bundesministerien kurzfristig handlungsfähig machen, um Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Niemand weiß, wie lange der Shutdown noch notwendig sein wird und ob weitere Infektionswellen zu einer Wiederholung führen könnten. Eine zweite Infektionswelle im Herbst ist wahrscheinlich. Wir müssen daher mit aller Kraft Lösungen entwickeln, um soziale Folgen zu begrenzen und möglichst viele Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche am Laufen zu halten und Eingriffe in Bürger*innenrechte auf das notwendigste zu minimieren. Egal ob Arbeit, Bildung oder Freizeit – plötzlich müssen wir alles anders machen, als wir es gewohnt sind. Statt aber ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche still stehen zu lassen, können wir einiges ins Digitale verlegen. Durch die Digitalisierung können wir in einigen Sektoren viel flexibler mit den bestehenden Beschränkungen umgehen als noch vor einigen Jahrzehnten.

Diese Möglichkeiten müssen wir nun auch kurzfristig nutzen. Dazu brauchen Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Angestellte schnell Unterstützung. Bestehend aus Verwaltung, Forschenden,

Wirtschaft und Expertise aus Recht, Praxis und Zivilgesellschaft sollten die Innovationsteams Anlaufstelle für neue Ideen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sein und schnelle Modelllösungen und wo nötig auch Budget unkompliziert bereitstellen. So wird eine Lücke geschlossen, die derzeit oft zwischen Entwickler*innen und Politik besteht. Start-Ups oder Akteure aus der Zivilgesellschaft sind oft überfordert, sich selbst mit allen involvierten politischen Akteuren abzustimmen. Sie brauchen in den einzelnen Bereichen One-Stop-Shops. Entscheidend ist, dass sie dabei auf Teams treffen, die ihre Arbeitsweise und Ideen verstehen, die nötige Expertise mit digitalen Anwendungen haben und so gemeinsam an der Umsetzung arbeiten können.

Die Innovationsteams bieten so die Struktur, um die in beinahe allen Lebensbereichen zahlreichen konkreten Möglichkeiten der Digitalisierung zur Abmilderung der Folgen des Shutdowns jetzt zu nutzen und unsere Innovationsfähigkeit auch langfristig für kommende Krisen zu erhöhen. In einigen Ministerien gibt es schon erste Ansätze für solche Innovationsteams. Der Health Innovation Hub ist zum Beispiel ein guter Anfang, der aber verstetigt und entsprechend breit aufgestellt werden muss. Solche Innovationseinheiten benötigen wir an allen Ministerien.

III. Was wir langfristig aus der Krise lernen müssen

Um in Zukunft besser für solche Krisen gewappnet zu sein, sollten wir endlich die anstehenden Aufgaben mit hoher Priorität angehen und unsere Systeme resilienter machen, indem wir sie zusätzlich auf digitale Standbeine stellen. Diese Herausforderungen gilt es auf allen föderalen Ebenen anzugehen. Und wir investieren hier nicht nur in Krisenfestigkeit, sondern zudem in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Standorte, Branchen und individuellen Unternehmen und erhalten perspektivisch auch die technologische Souveränität in Europa. Die Bundesregierung hat bei der Digitalisierung bislang keine überzeugende Strategie vorgelegt. Das muss nun endlich geschehen!

Aber so wie in der Gesellschaft und auch in der Politik mittlerweile nun endlich ins Zentrum gerückt ist, wie wichtig die Arbeit der vielen Pflegekräfte, Supermarktkassierer*innen und vieler weiterer ist – so sollte auch mit Blick auf den digitalen Bereich den Menschen und Gruppen deutlich mehr Wertschätzung zu kommen, die aktuell mit viel ehrenamtlichen Engagement gegen die Folgen der Pandemie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt digitale Lösungen entwickeln. Sie brauchen nicht nur unseren Applaus, sondern politische Unterstützung und auch finanzielle Wertschätzung:

- **500 Mio. € Digitalbudget.** Wir schlagen ein zusätzlich zu den in den Ministerien veranschlagten Haushaltsposten ein Digitalbudget in Höhe von 500 Millionen Euro vor. Auf diesen Topf können sich alle Ministerien mit innovativen Projektideen im Bereich Digitalisierung bewerben, und zwar sowohl einzeln als auch in Kooperation mit einem oder

mehreren anderen Ressorts. Die Entscheidung, wer wie viel Geld bekommt, soll am Ende das Digitalkabinett treffen.

- **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz für die Gesellschaft nutzen.** Vor allem die ökologischen und sozialen Potenziale von KI müssen für die Unterstützung und Modernisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft genutzt werden. Dafür wollen wir eine Innovationsstiftung für nachhaltige und soziale digitale Anwendungen (INSDA) gründen.